

Energie-Control Austria  
für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

[tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Wien, 07. Februar 2014  
14B008

## **Begutachtungsentwurf zur 2. Novelle 2014 der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung Stellungnahme der RAG Energy Storage GmbH**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben den Begutachtungsentwurf zur 2. Novelle 2014 der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 erhalten und dürfen dazu wie folgt unsere Stellungnahme abgeben:

Vorab dürfen wir kurz zusammenfassen, wie wir den aktuellen Begutachtungsentwurf verstehen:  
Es soll in jenen Fällen, in denen ein Speicher mit zwei Marktgebieten verbunden ist und bilanziell Gasmengen vom Marktgebiet Ost in ein anderes Marktgebiet bzw umgekehrt verbracht werden, ein Systemnutzungsentgelt vorgesehen werden, selbst wenn dies ohne faktische Nutzung eines Netzes stattfindet – somit für eine sogenannte „grenzüberschreitende Speichernutzung“.

Grundsätzlich begrüßen wir das Verständnis und die Unterstützung der Regulierungsbehörde für die marktintegrierende Funktion des Speichers 7Fields, wie sie in den Erläuternden Bemerkungen zum Begutachtungsentwurf kundgetan wird. Da der Ausbau, der die marktintegrierende Funktion ermöglicht hat, auf privatwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen beruht, sehen wir zudem das Erfordernis einer rechtssicheren Grundlage für die grenzüberschreitende Speichernutzung.

Der vorliegende Begutachtungsentwurf reflektiert aber aus unserer Sicht weder ein positives Signal für Marktintegration und damit verbundene Investitionsentscheidungen, noch wird dadurch Rechtssicherheit geboten. Dazu wie folgt:

### **1. Fehlende Rechtssicherheit**

#### Mangelnde Ermächtigungsgrundlage:

Die Regulierungskommission der E-Control ist gemäß Energie-Control-Gesetz zur Festlegung von Systemnutzungsentgelten per Verordnung zuständig (GSNE-VO). Systemnutzungsentgelte können für die Einspeisung von Erdgas in ein Netz bzw. für die Ausspeisung aus einem Netz festgelegt werden, wobei das Netz die Fern- und die Verteilerleitungen sind. Die Ein- und Ausspeisung vom Speicher in das Netz bzw. aus dem Netz in den Speicher ist in der aktuellen Fassung der GSNE-VO entsprechend geregelt.

Die vorgeschlagene Festlegung eines Systemnutzungsentgeltes für die Speichernutzung, sei diese grenzüberschreitend oder nicht, ist **von der Rechtsgrundlage** des Energie-Control-Gesetzes **nicht erfasst**, da Speicher nicht Teil des Netzes sind.

Mangels entsprechender Ermächtigungsgrundlage wäre die Verordnungsbestimmung daher vor dem Hintergrund des Art. 18 B-VG rechtswidrig. Bereits aus diesem Grund bietet der Begutachtungsentwurf aus unserer Sicht nicht die gewünschte Rechtssicherheit.

#### Rückwirkende Rechtssetzung:

Darüber hinaus haben wir erhebliche Bedenken, dass das Entgelt für die grenzüberschreitende Speichernutzung rückwirkend in Kraft treten soll. Aus unserer Sicht bedeutet dies einen wesentlichen Eingriff in die Planungssicherheit für Investitionsentscheidungen, aber auch in die Vermarktung der betroffenen Speicherkapazitäten.

Generell ist zu erwähnen, dass die rückwirkende Geltung von Verordnungen unzulässig ist, wenn die gesetzliche Grundlage das nicht ausdrücklich vorsieht. Dies ist hier nicht der Fall. Dementsprechend ist auch aus diesem Grund die Rechtssicherheit des aktuellen Entwurfes nicht gegeben.

Dennoch nehmen wir gerne auch im Hinblick auf die sonstige Ausgestaltung der vorgesehenen Regelung im Detail Stellung:

## **2. Unklare Tarifgrundlage**

Systemnutzungsentgelte sind gemäß § 71 Abs 1 GWG unter den Grundsätzen der Gleichbehandlung, Kostenorientierung und weitestgehenden Verursachungsgerechtigkeit zu bestimmen.

#### Gleichbehandlung:

Der **reguläre Entry-/Exit an der Marktgebietsgrenze ist auf Tagesbasis um 40% bis 55% günstiger als der Tarif für die grenzüberschreitende Speichernutzung**. Dies nicht zuletzt, weil ein Speicherkunde zusätzlich auch noch Netznutzungsentgelt in der Höhe von 0,33 €/kWh als jährliche Pauschale für die Einspeicherleistung /Ausspeisung aus dem Netz bezahlt um zum VHP zu kommen bzw. vom VHP in den Speicher. Darüber hinaus bezahlt der Speicherkunde auch noch das Speicherentgelt, das in diesem Tarifvergleich noch nicht berücksichtigt ist. Somit ergibt sich für den Transport NCG-VHP im Wege der grenzüberschreitenden Speichernutzung ein wesentlich höheres Gesamtentgelt für den Speicherkunden als für einen Shipper, der den Speicher nicht nutzt. Dies ist unsachlich und **widerspricht klar dem Grundsatz der Gleichbehandlung**. Der vorgeschlagene Tarif müsste aus unserer Sicht daher insbesondere aufgrund des Ziels der Marktintegration wesentlich günstiger sein.

#### Kostenorientierung und weitestgehende Verursachungsgerechtigkeit:

Wie bereits erwähnt ist das Systemnutzungsentgelt für die Ein- und Ausspeisung vom Speicher in das Netz bzw. aus dem Netz in den Speicher bereits in Form einer jährlichen Pauschale, basierend auf der maximalen Ausspeisekapazität (Einspeicherung) geregelt (§§ 4 und 12 GSNE-VO). Somit sind die damit verbundenen Kosten verursachungsgerecht abgegolten. Eine allfällige „grenzüberschreitende“ Speichernutzung verursacht keine Zusatzkosten im Vergleich zur üblichen Speichernutzung, da exakt die gleichen Transportleitungen und -kapazitäten im Marktgebiet Ost genutzt werden wie bisher.



Somit ist unklar auf welcher Kostengrundlage die nunmehr vorgeschlagenen Tarife für eine „grenzüberschreitende“ Speichernutzung basieren. Dementsprechend sind die Grundsätze der Kostenorientierung und Verursachungsgerechtigkeit für uns nicht nachvollziehbar. Wir beantragen daher die entsprechende Aufklärung zu der relevanten Kostenkalkulation und wie diese bei der bestehenden Zahlung der Speicherunternehmen berücksichtigt wird.

Der vorliegende Begutachtungsentwurf widerspricht aus unserer Sicht daher wesentlichen Grundsätzen für die Festlegung des Systemnutzungsentgelts!

### 3. Verrechnungsmodell nicht praxistauglich

Das beschriebene Verrechnungsmodell, welches Saldierungen auf Stundenbasis vorsieht, ist für uns aus mehreren Gründen nicht praxistauglich:

- Folgt man der Beschreibung zur relevanten Saldenbildung, wird die Zwischenspeicherung – somit die zeitlich verschobene Ein- und Ausspeicherung - nicht ausreichend berücksichtigt bzw ist diese unklar. Aus derzeitiger Sicht ist die Regelung für die Berechnung des Entgeltes somit nicht hinreichend bestimmt um die Kalkulation ordnungsgemäß durchführen zu können.

Wir haben die Regulierungsbehörde ersucht ein Fallbeispiel zu übermitteln um die Berechnung besser nachvollziehen zu können. Dies war binnen offener Stellungnahmefrist nicht möglich. Wir behalten uns daher vor, nach Erhalt dieser Kalkulation unsere Stellungnahme diesbezüglich zu ergänzen.

- Der Begutachtungsentwurf sieht das Speicherunternehmen als den Zahlungspflichtigen vor. Anders als beim bisherigen Netznutzungsentgelt handelt es sich dabei allerdings nicht um ein pauschales Entgelt sondern um einen mengenabhängigen Tarif. Die tatsächlich bewegte Menge im Speicher wird jedoch ausschließlich vom Kunden festgelegt. Das Speicherunternehmen kann diesen Tarif daher nicht vorab im Speicherentgelt einpreisen und ist derzeit auch nicht zur entsprechenden Weiterverrechnung an den Kunden berechtigt. Somit trifft das Speicherunternehmen ein nicht kalkulierbares wirtschaftliches Risiko.
- Die notwendige Saldenbildung und Abrechnung setzt die Offenlegung der Ist-Werte pro Bilanzgruppe seitens des Speicherunternehmens an den Netzbetreiber voraus. Diese zusätzliche Offenlegungspflicht erscheint überschießend. Insgesamt ist die Saldierung auf Stundenbasis sehr aufwändig, wenn man bedenkt, dass diese Werte zusätzlich von einem Wirtschaftsprüfer bestätigt werden müssen. Am Speicherübergabepunkt in das deutsche Marktgebiet wurde eine Regelung mit dem Netzbetreiber gefunden, die eine Saldenbildung auf Monatsbasis vorsieht.

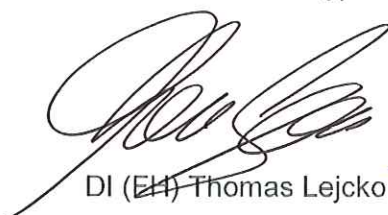
Abschließend möchten wir festhalten, dass die marktintegrative Wirkung von grenzüberschreitenden Speichern durch den vorgeschlagenen Tarif zu Gunsten von Leitungsbetreibern verloren geht. Dies widerspricht insbesondere auch übergeordneten europäischen Zielen. Unserem Verständnis nach gibt es keine Vorgabe, wonach unterschiedliche Märkte ausschließlich durch Transportleitungen verbunden werden dürfen.

Angesichts der angeführten Argumente fehlt dem aktuellen Begutachtungsentwurf nicht nur die Rechtsgrundlage, sondern ist dieser auch in den Details unausgereift.

Mit dem höflichen Ersuchen um Kenntnisnahme verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

RAG Energy Storage GmbH



DI (FH) Thomas Lejcko



Mag. Georg Dorfleitner